



DR. OTTO WIESHEU

Die weltweit schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren im Sog der durch die Lehman-Pleite ausgelösten Finanzkrise gehört der Vergangenheit an. Unsere Unternehmen haben sie – auch dank kluger Entscheidungen der Politik - hervorragend bewältigt – wesentlich besser als vor Jahresfrist noch erwartet. Dem steilen Absturz Ende 2008/Anfang 2009 folgte ein steiler Anstieg. Aus dem von vielen Experten befürchteten L- oder U-förmigen Konjunkturverlauf ist unerwartet ein V geworden. Geblieben ist allerdings ein Anstieg der sowieso schon zu hohen staatlichen Verschuldung mit den bekannten Problemen beim Euro.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt, hat 2010 bundesweit um 3,6 Prozent zugelegt. Bei uns in Bayern könnte eine 4 vor dem Komma stehen. Die Exporte haben bei großen Veränderungen in der regionalen Nachfrage zuletzt wieder neue Höchststände erreichen. Kräftige Wachstumsimpulse kommen daneben von der Binnennachfrage. Die Arbeitslosigkeit ist auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken, Zugleich hat die Zahl der Erwerbstätigen mit über 40 Mio. bereits im letzten Jahr alle Rekorde gebrochen. Deutschland sitzt nicht mehr im „Bremserhäuschen“, sondern führt den Aufschwung in der Europäischen Union an. Das Geschäftsklima in der Wirt-

Bayerns Weg in die Zukunft Die industrielle Basis pflegen und stärken

schaft ist so gut wie selten zuvor. Von einem „Wintermärchen“ hat der Präsident des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München deshalb vor kurzem gesprochen.

Industrie – Motor im Aufschwung

Das „Märchen“ hat zwei handfeste Ursachen. Zum einen beruht es auf einem erfolgreichen politischen Krisenmanagement. Dazu zählen die rasche Stabilisierung des Bankensektors im Herbst 2008 ebenso wie entschlossen ergriffenen Maßnahmen zur Belebung der Konjunktur. Zum anderen konnten und können unsere Unternehmen ihre im letzten Jahrzehnt hart erarbeitete internationale Wettbewerbsfähigkeit jetzt erfolgreich ausspielen. Das gilt allen voran für die Industrie. Die industrielle Stärke Bayerns bzw. Deutschlands erweist sich heute im Vergleich zu anderen Ländern, die mit den Folgen geplatzter Immobilienblasen oder hypertropher Finanzindustrien ringen, als größter Trumpf.

Es zahlt sich aus, dass wir den vielen falschen Predigern nicht gefolgt sind, die uns jahrelang einreden wollten, die Zukunft unseres Landes läge nicht mehr in der Produktion, sondern allein in der Dienstleistungsgesellschaft. Es zahlt sich aus, dass wir Deindustrialisierungsprozesse nicht tatenlos hingenommen haben wie viele andere westliche Länder, sondern dass wir um unsere Industrie auf der Basis einer konsequenten Politik der Bestandspflege und Erneuerung aktiv und offensiv gekämpft haben. Gerade Bayern hat sich deshalb ein hochproduktives Geflecht von weltweit erfolgreich operierenden Global Playern, wettbewerbsfähigen Zulieferern, innovativen mittelständischen Weltmarktführern in ihrer Nische, leistungsstarken Handwerksbetrieben und unternehmensnahen Dienstleistern bewahren können. Das vor allem sichert uns in nahezu allen Rankings laufend Spitzenpositionen.

Diesen Aktivposten ersten Ranges müssen wir weiter mit aller Macht verteidigen. Wir dürfen die industrielle Basis nicht an Fernost preisgeben. Die Industrie muss Leitsektor der Wirtschaft bleiben. Davon hängen auch in Zukunft das Angebot an hochwertigen Arbeitsplätzen nicht zuletzt in Handel, Handwerk und Dienstleistungsgewerbe, unser Wohlstand, unsere Lebensqualität die soziale Sicherheit hierzulande aber auch die Fähigkeit, Umweltprobleme technisch erfolgreich zu lösen, entscheidend ab.

Auch wenn wir mit sehr viel Rückenwind in das neue Jahr gehen, ist das kein Selbstläufer. Wer sich in der Wirtschaftspolitik auf seinen Lorbeeren ausruht, trägt sie an der falschen Stelle. Industrielle Zukunftssicherung ist und bleibt eine Daueraufgabe.

Dies gilt umso mehr als sich die längerfristigen Herausforderungen durch das günstige konjunkturelle Umfeld nicht in Luft aufgelöst haben.

So geht der globale Wettbewerb mit unvernünftiger Schärfe weiter. Die gewohnte Arbeitsteilung, wonach die Schwellenländer den Bereich der einfachen, lohnintensiven Produktionen abdecken und wir die technologisch anspruchsvolleren Güter und Dienste auf den Weltmärkten absetzen, löst sich zunehmend auf. Vor allem China versucht mit Macht – teilweise auch mit fragwürdigen Mitteln – technologisch und qualitativ aufzuholen und in Spitzenpositionen aufzurücken. Dagegen hilft nur erhöhtes Innovationstempo.

Den Herausforderungen standhalten

Der Strukturwandel macht keine Pause. Die digitale Revolution steht, gemessen an ihren Potentialen, nach wie vor erst am Anfang und setzt sich ungebrochen fort.

» [weiter auf Seite 2](#)

Nachhaltigeres Wirtschaften ist ein Megatrend, dem sich kaum ein Unternehmen mehr entziehen kann. „Greentech“ hat Zukunft. Alternde und schrumpfende Bevölkerungen lösen nicht nur bei uns, sondern in vielen westlichen Industrieländern weitreichende Veränderungen in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus. Gesundheit könnte zum Motor für einen neuen Kondratieff-Zyklus werden.

Seit geraumer Zeit verstärkt in den Fokus rückt das Thema Ressourcenknappheit. „Peak Oil“ könnte näher sein, als uns lieb ist. Die Verfügbarkeit „seltener Erden“, die für die Produktion vieler High-Tech-Produkte benötigt werden, ist der Wirtschaftspresse mittlerweile fast täglich eine Schlagzeile wert.

Die Konsequenz aus diesem Bündel an Herausforderungen kann nur lauten: Wir müssen laufend besser werden, um unsere industrielle Basis wettbewerbsfähig zu erhalten. Wer aufhört besser zu werden, wird im globalen Wettbewerb bald nicht mehr gut genug sein. Unsere Chancen liegen offenkundig nicht in einfacher Massenproduktion, sondern vor allem in technologisch hochwertigen, komplexen Systemlösungen.

Exportstark zu bleiben, ist ein Ziel, das wir nicht aufgeben dürfen, auch wenn einige unserer Handelspartner diese Stärke kritisieren. Gleichzeitig muss es uns darum gehen, mit neuen attraktiven Produkten neue Märkte im Inland zu erschließen. D.h., der Verbreiterung der industriellen Basis sollte gleichermaßen unser Augenmerk gelten. Die Nachfrage nach Neuem ist auch in reifen Volkswirtschaften wie der deutschen prinzipiell nicht gesättigt, sondern unbegrenzt groß. Und wir müssen uns rechtzeitig an den Wandel anpassen. Erfolgversprechender noch: Wir sollten den Strukturwandel selbst aktiv gestalten. Das schützt uns am stärksten davor, von ihm überrollt und auf das Abstellgleis geschoben zu werden.

Im Wettbewerb und Wandel erfolgreich zu bestehen, ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, die auf Freiheit und Eigenverantwortung setzt, primär Aufgabe der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter. In der Sozialen Marktwirtschaft ist aber auch der Staat auf allen Ebenen in mehrfacher Hinsicht flankierend gefordert. Passivität können wir uns in der Industriepolitik nicht leisten. Deutschland braucht Rahmenbedingungen, bei denen sich auch in Zukunft nicht nur die bestgeführten Industrieunternehmen, sondern auch die „Normalbetriebe“ behaupten. Von größter Bedeutung ist dabei, „Laufmascheneffekte“ zu verhindern und das Leistungsgeflecht aus großen System-

führen und kleinen und mittleren Betrieben intakt zu erhalten.

Offensive Dreifachstrategie verfolgen

Offensive Industriepolitik muss einer Dreifachstrategie folgen: **Erstens** geht es um zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Industrie insgesamt. Gerade die Industrie, die am stärksten im globalen Wettbewerb steht, ist auf günstige allgemeine Rahmenbedingungen angewiesen, die an den Parametern Offenheit der Märkte, Flexibilität, Kostenbewusstsein, Investitionsfähigkeit, Innovationskraft, Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal, modernste wirtschaftsnahe Infrastruktur ansetzt.

Konkret:

- Deutschland als langjähriger Exportweltmeister und derzeitiger Vizeweltmeister muss an vorderster Front gegen aufkommende protektionistische Tendenzen im Welthandel kämpfen und auf einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde drängen.
- Das gilt auch für den offenen Zugang zu den Rohstoffquellen als erstes Mittel der Wahl einer gezielten Rohstoffsicherungs politik.
- „Time to market“ als wesentliches Erfolgskriterium im Wettbewerb verlangt, dass der „Rhythmus“ staatlicher Bürokratie dem Rhythmus der Märkte folgt und nicht umgekehrt.
- Die Voraussetzungen, Personal im Zuge einer vorwärtsgerichteten Gestaltung von Wettbewerb und Wandel rasch aus unrentierlichen alten Produktionen in zukunftsfähige neue umzusetzen, müssen verbessert werden.
- Die Belastungspolitik hat auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Rücksicht zu nehmen. Das gilt nicht nur für die weitere Entwicklung der Lohnzusatzkosten, sondern beispielsweise auch für eine bezahlbare Versorgung mit Energie.
- Attraktive Abschreibungsbedingungen sollten die Investitionsfähigkeit verbessern und die Investitionstätigkeit am Standort Deutschland anregen.
- Sparkapital ist in Deutschland genug vorhanden; es muss nicht zuletzt durch steuerliche Anreize stärker in die Investitions- und Innovations- und damit in die Wachstumsfinanzierung des Mittelstands fließen.
- Die wirtschaftsnahe Infrastruktur hat eine dienende Funktion. Sie darf weder im Bereich der Verkehrs- und Nachrichtennetze noch im Energiebereich zum Engpassfaktor für weiteres Wachstum werden.
- Last but not least: Wenn die Zukunft des Industriestandortes Deutschland

bzw. Bayern vorrangig in Produkten und Dienstleistungen besteht, deren Herstellung ein Maß an Know-how, handwerklichem und organisatorischem Geschick, also an hochqualifiziertem Personal erfordert, das in anderen Ländern so nicht vorhanden ist, dann müssen die notwendigen Innovationsinitiativen zwingend von Bildungsoffensiven flankiert werden. Bildungs- und Weiterbildungspolitik ist nicht durch die Anwerbung ausländischer Fachkräfte ersetzbar.

Neben der Verbesserung der generellen Rahmenbedingungen darf **zweitens** gezielte Politik zugunsten einzelner Branchen bzw. sektorale Industriepolitik ordnungspolitisch nicht zur Tabuzone erklärt werden. Falsches „Laissez-faire“-Denken und politische Untätigkeit haben in der Vergangenheit zum Niedergang ganzer Industriezweige wesentlich beigetragen. Diese Entwicklung darf sich nicht fortsetzen. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht dabei weder um Investitionslenkung noch um Strukturkonservierung gegen die Kräfte des Marktes. Es geht vielmehr in marktkonformer Weise darum, sich mit der unterschiedlichen Situation der einzelnen Industriezweige zu befassen, Handicaps in der staatlichen Rahmenpolitik zu identifizieren und zu beseitigen und zukunftsichernde Weiterentwicklungen zu fördern. Die breit gestreuten Ansatzpunkte reichen dabei von der frühzeitigen Setzung europäischer Normen, die das „Zeug“ haben, zum Weltstandard zu werden, über eine stetige, berechenbare Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand in Märkten, auf denen die staatliche Nachfrage dominiert, bis hin zur Verbesserung der Verkehrsanbindung einzelner Industrieregionen. Beispielhaft verwiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf die berechtigten verkehrspolitischen Forderungen des Chemiedreiecks in Südostbayern. Gemeinsame Kraftakte von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat bei großen Leitprojekten wie der Elektromobilität müssen hinzukommen.

Bestehende Industrien durch den raschen und breiten Einsatz neuer Technologien zugunsten von Produkt- und Prozessinnovationen wettbewerbsfähig zu erhalten, ist das eine. Die **dritte** strategische Komponente moderner Industriepolitik zielt darauf ab, die Entstehung neuer Industrien zu fördern, die aus der Forschung heraus neue Hochtechnologie entwickeln und produzieren und so die Rolle von Wachstumstreibern in der Gesamtwirtschaft übernehmen. Dies zählt nach wie vor offenkundig nicht zu Deutschlands und Bayerns Stärken. Anders als in den USA ist bei uns seit Jahrzehnten auf dem Gebiet neuer Hochtechnologie kein neuer großer Global Player mehr ent-

standen. Ausnahmen wie SAP bestätigen nur die Regel. Entsprechend begrenzt fallen die Beiträge neuer Hochtechnologiefirmen für Wachstum und Beschäftigung aus.

Auch an der Beseitigung dieses Defizits muss gezielt gearbeitet werden. So sollten die Forschungen an den Hochschulen noch ein Stück weiter in Richtung Marktreife vorangetrieben werden, bevor ihre Ergebnisse von jungen Unternehmen aufgegriffen und durch Wagniskapital finanziert zu marktfähigen Produkten entwickelt werden können. Andernfalls wird die Durststrecke zwischen FuE-Aufwendungen und ersten Erlösen vielfach zu groß. Das zeigen beispielsweise die Erfahrungen aus der Bio- und Gentechnologie. Daneben sollte die Steuerpolitik größere Anreize bieten, mehr Wagniskapital zu mobilisieren und Business-Angels den risikoreichen Einstieg in junge Hochtechnologieunternehmen schon in der sog. „Pre-seed- und Seed“-Phase zu erleichtern. Die drastische Absenkung der Wesentlichkeitsgrenze im Einkommenssteuerrecht von 25 Prozent auf 1 Prozent, die noch von der früheren rot-grünen Bundesregierung vorgenommen worden ist, muss revidiert werden. Nicht zuletzt ist bei den Clustern, die der Entwicklung neuer Querschnittstechnologien gewidmet sind, hierauf ein Schwer-

punkt zu legen. Unternehmergeist und Geld zusammenzubringen, ist allerdings nicht alles. Genauso wichtig ist die Akzeptanz von neuen Entwicklungen in der Gesellschaft. Ablehnung, Zögerlichkeit oder Gleichgültigkeit müssen größerer Aufgeschlossenheit, um nicht zu sagen, Begeisterung für Neues weichen, wie sie in anderen Kulturen mit ausgeprägter Aufbruchstimmung zu beobachten ist. Verbreitetem „Dagegensein“ müssen wir eine Mentalität des „Dafürseins“ entgegensetzen. Ein Heimatmarkt, auf dem sich Innovationen nicht oder nur schleppend durchsetzen, bildet ein gravierendes Hemmnis für die Ausbildung einer zukunftsorientierten High-Tech-Industrie. Wer den Fortschritt auf die Bereiche Umwelttechnik und erneuerbare Energien verengt, kann und wird die Zukunft nicht gewinnen.

Industrielle Erfolgsgeschichte fortschreiben

Deutschlands rascher wirtschaftlicher Aufstieg aus den Trümmern des 2. Weltkriegs ist untrennbar mit der Wiederherstellung und dem Ausbau einer starken industriellen Basis verbunden. Bayern hat mit Hilfe seiner modernen Industrie und einer aktiven Industriepolitik die frühere relative Rückständigkeit überwinden können. Heute gehören wir

deshalb zu den wohlhabendsten Regionen in Deutschland, in Europa, in der Welt. Das muss auch so bleiben. Wir haben genügend wissenschaftlich-technische Substanz. Wir haben Großunternehmen, die rund um den Globus hervorragend aufgestellt sind, und eine Fülle von leistungsstarken mittelständischen Betrieben in Industrie, Handwerk und Dienstleistungssektor, um die uns die Welt beneidet. Das Potential an hervorragend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Fähigkeit zu Qualitätsproduktionen und komplexen, anspruchsvollen Systemlösungen besitzen, ist groß. Wir können damit die industrielle Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte fortschreiben.

Diese Stärken müssen auch künftig durch eine aktive Industriepolitik systematisch gepflegt und weiterentwickelt werden. Darin liegt eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik in diesem Jahrzehnt. Wir vom Wirtschaftsbeirat werden eine solche Politik anmahnen, unterstützen und fördern.

DR. OTTO WIESHEU
PRÄSIDENT

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

ich hoffe, Sie sind gut im neuen Jahr angekommen und sehen den nächsten zwölf Monaten zuversichtlich entgegen. Beruflich wie privat wünsche Ich Ihnen jedenfalls für 2011 noch einmal viel Glück und Erfolg.

Herausfordernd wird auch dieses Jahr bleiben. Lage und Stimmung in der Wirtschaft sind zwar so gut wie schon lange nicht mehr. Der Aufschwung ruht nicht mehr nur auf einem starken Export, sondern steht auf mehreren Beinen. Dennoch muss der Kampf um die Erhaltung und Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit unvermindert weiter gehen. Wirtschaft und Politik

sind dabei gleichermaßen gefordert. Die neue Zukunftsoffensive der Staatsregierung „Aufbruch Bayern“ passt deshalb ebenso in die Zeit wie die Korrekturen an der Einkommensteuer, die Finanzminister Fahrenschon zu Jahresbeginn zur Entlastung der Mittelschicht vorgeschlagen hat.

Nach wie vor labil ist die Lage an den Finanzmärkten. Entwarnung kann hier noch nicht gegeben werden. Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone wird uns aller Voraussicht nach auch in den nächsten Monaten begleiten. Natürlich ist es mehr als ärgerlich, dass das sog. „No-Bail-Out-Prinzip“ im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht Anfang Mai zugunsten der Rettung Griechenlands über Bord gekippt werden musste und Deutschland via Rettungsschirm an vorderster Front mit in die Haftung für die exzessive Schuldenmacherei einiger Euroländer gezwungen wurde. Und natürlich sind die Radikallösungen, die jetzt von einigen propagiert werden, denkbare Alternativen zum aktuellen Krisenmanagement – als da sind: Rückkehr Deutschlands zur D-Mark, Schuldenschnitte und Austritt der Länder aus der Eurozone, die kein Vertrauen an den Finanzmärkten mehr genießen, Aufspaltung der Eurozone in einen nördlichen Hartwährungs- und einen südlichen Weichwährungsteil. Nichts ist alternativ-

los. Wägt man jedoch die wirtschaftlichen, (geo-)politischen und historischen Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander ab, dann ist der eingeschlagene Weg wohl doch der beste. Das gilt allerdings nur, wenn die betroffenen Länder den Zeitgewinn, den ihnen die Rettungsschirme verschaffen, dazu nutzen, ihre Haushalte mit Hochdruck in Ordnung zu bringen und zugleich die Wachstumskräfte gezielt zu stärken. Sparen, reformieren und investieren ist auch hier das Erfolgsrezept für eine positive Entwicklung.

Im letzten Jahr sind wir mit der Elektronisierung unserer Mitgliederkommunikation bereits ein großes Stück weit vorangekommen. In den kommenden Monaten wollen wir uns der Überarbeitung unseres Internetauftritts widmen. Das neue einheitliche „Corporate Design“, das ich Ihnen bei der Mitgliederversammlung vorgestellt habe, wird kostensparend schrittweise umgesetzt. Unsere Mitgliederzeitung trägt von dieser Ausgabe an den Namen „Kompass“. Er steht für die Arbeit des Wirtschaftsbeirates, Wegweiser zu sein und Orientierung zu geben.

Herzlichst
Ihr
Jürgen Hofmann

Elektromobilität

Stand und Perspektiven in Deutschland

„Deutschland soll Leitmarkt für Elektromobilität werden“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2009 in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift ADAC Motorwelt. Seit mehreren Jahren steht das Thema auf der Agenda der internationalen Verkehrs- und Energiepolitik ganz weit oben. Schließlich ist seit Jahrzehnten bekannt, dass die weltweiten Ölreserven allmählich zur Neige gehen, gleichzeitig gewinnen CO₂-ärmere Formen der Mobilität an Relevanz. Ingenieure suchen daher nach den effizientesten alternativen Antriebstechnologien – der Elektromobilität kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu. Der Wirtschaftsbeirat Bayern (WBU) brachte seine Mitglieder jüngst auf den neuesten Stand der viel diskutierten Thematik. Mit Rainer Bomba, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Dr. Thomas Becker, Leiter Politik der BMW Group, hatte der Vorsitzende des Fachausschusses Verkehrspolitik, Erich Dahringer, zwei renommierte Experten als Referenten gewonnen.

Becker wies zunächst darauf hin, dass BMW gleich mehrere Nachhaltigkeits-Strategien verfolge. Zum einen sollten die konventionellen Antriebe optimiert werden. Bis zum Jahr 2020 könnten die Verbrauchswerte im Vergleich zum Jahr 2008 um ein Viertel gesenkt werden. Die CO₂-Emissionen der BMW-Flotte seien zwischen 1995 und 2009 bereits um 29 Prozent reduziert worden. Auch deshalb gelte BMW derzeit als nachhaltigster Automobilhersteller der Welt. Die Dow Jones Sustainability Indexes würden dies untermauern. Darüber hinaus werde BMW die Entwicklung der Hybrid-Motoren vorantreiben. „Wir werden die elektrische Ergänzung des Verbrennungsmotors auf unser Portfolio ausdehnen“, versicherte der promovierte Wirtschaftswissenschaftler. Überdies spiele das Thema Wasserstoff nach wie vor eine wichtige Rolle. „Kurzfristig steht die Elektromobilität im Mittelpunkt. Langfristig wird sich Wasserstoff aber zu einer validen Alternative entwickeln“, prognostizierte Becker, der zudem klarstellte: „Der Elektro-Antrieb wird den Verbrennungsmotor nicht ersetzen. Aber es wird zu einer Durchmischung kommen.“

Um Elektro-Autos zu entwickeln, die letztlich auch den Kundenwünschen entsprechen, analysiere BMW momentan intensiv die Lebenssituation von Großstadtbewohnern. Weil in Zukunft immer mehr



Unter der Leitung des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Erich Dahringer (re.), sprachen am 29. November Staatssekretär Rainer Bomba (mi.) und Dr. Thomas Becker von BMW (li.) über die Entwicklung der Elektromobilität.

Menschen in die globalen Ballungsräume ziehen würden, suche BMW den direkten Kontakt mit Bürgern in Metropolen wie Tokyo, Los Angeles, London oder Berlin. Das Unternehmen untersuche, wie die Menschen dort leben und stelle ausgewählten Personen für monatlich rund 500 Euro den vollelektrischen Mini E zur Verfügung. „So lernen wir etwas über das Nutzungsverhalten der Kunden“, so Becker. Der Feldversuch in Berlin habe ergeben, dass die Nutzer mit dem Mini E täglich etwa 37,8 Kilometer zurücklegen – beinahe genauso viel wie mit herkömmlichen Minis. Am Ende des weltweiten Auswertungsverfahrens sollen schließlich Informationen bereitstehen, mit deren Hilfe das „Megacity Vehicle“ konstruiert wird. 2013 werde dieses vollelektrische Fahrzeug, das im Einklang mit dem nachhaltigen Lebensstil der urbanen Zielgruppe stehen soll, auf den Markt kommen. Besonderes Merkmal des Gefährts: Die Karosserie soll aus Karbonfaser sein. Diese sei 30 Prozent leichter als Aluminium und 50 Prozent leichter als Stahl. Die Gewichtsersparnis sei zur Kompensation erforderlich, weil eine Elektrobatterie zwischen 200 und 300 Kilogramm wiege. Derartige Innovationen seien notwendig, um am Markt zu bestehen. Becker resümierte: „Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist ein unumkehrbarer Trend. Wer Elektromobilität in Zukunft nicht kann, hat ein Problem.“

Staatssekretär Bomba vom Bundesverkehrsministerium betonte anschließend, dass es das Ziel der Bundesregierung sei, bis zum Jahr 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf die deutschen Stra-

ßen zu bringen. Er räumte aber auch ein: „Unter insgesamt 45 Millionen Fahrzeugen ist das relativ wenig.“ Bomba erläuterte überdies, dass die Regierung den Verkauf von Elektroautos erst in mehreren Jahren fördern wolle. Schließlich sei die Entwicklung der Fahrzeuge noch nicht weit genug vorangeschritten. Stattdessen investiere die Koalition innerhalb von drei Jahren 500 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung: „Die Regierung kann nicht sagen, macht das alleine“, so Bomba, der neue Mobilitäts-Konzepte als dringend erforderlich einstufte. Aber auch Bomba betonte, dass sich die Elektromobilität nicht „von heute auf morgen“ etablieren könne. Aus diesem Grund sei es notwendig, auch konventionelle Antriebsarten zu verbessern. Durch eine Optimierung ließen sich bis 2025 noch einmal 50 Prozent Kraftstoff und CO₂ einsparen.

Wie die Energieproblematik im Mobilitäts- und Immobiliensektor zukünftig gelöst werden könnte, veranschaulichte der Redner am Beispiel Energie-Plus-Haus: Das von der TU Darmstadt entwickelte Gebäude erzeuge zweieinhalb Mal so viel Energie, wie eine vierköpfige Familie zum Wohnen benötigt. Die Überkapazität reiche aus, um zwei PKW und einen Motorroller mit Energie zu versorgen. „Das ist Deutschland im Jahr 2010“, bilanzierte Bomba, der auch beim Thema Elektromobilität optimistisch in die Zukunft blickte: „Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland zum Leitanbieter und Leitmarkt werden kann.“

LUTZ KORNDÖRFER

Terminvorschau

15. Februar, Erding

Ausschuss für Tourismus: „Die Therme Erding als bedeutender Wirtschaftsfaktor der Region“

16. Februar, München

Junge Unternehmer: „Innovation – Anforderungen an das Auto der Zukunft“, Prof. Dr. Raymond Freymann, Geschäftsführer der Forschung und Technik GmbH der BMW Group

17. Februar, Burghausen

Bezirk Inn/ Salzach:
Mitgliederversammlung

24. Februar, München

Ausschuss für Außenwirtschaft

28. Februar, München

Ausschuss für Medienpolitik:
Dorothee Bär, MdB

03. März, Letten

Ausschuss für Mittelstandspolitik:
Ralf Holtzwardt, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit

15. März, München

Bezirk München

22. März, München

Ausschuss für Medienpolitik: Michael

Frank, Serviceplan Gruppe für innovative Kommunikation GmbH & Co.KG

23. März, München

Junge Unternehmer: Besuch im Bayerischen Landtag

25.-27. März, Kitzbühel

Junge Unternehmer: Skiwochenende

29. März, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Bundesverfassungsrichter a.D.

11./12. April, Berlin

Junge Unternehmer: Werkstattbesuch im Bundestag

14. April, Weiden

Bezirk Weiden: Wirtschaftsforum, Prof. Dr. Hans Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft; Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

1. Juli, Chiemsee/Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land und Rosenheim: Frauenwörter Gespräche, Abt Johannes Eckert, Benediktinerabtei St. Bonifaz

12. Juli, Burghausen

Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke: Berchtesgadener Land, Inn/Salzach und Passau

Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Thilo Mosler, Ottobrunn
- Dr. Dietrich Mandelkow, Rechtsanwalt, Erlangen
- Herbert Hensle
Unternehmensberatung, München
- Dr. Phil. Thomas Bruder, Wildsteig
- Dr. Heiner Feldhaus, Rechtsanwalt, München
- Dr. h.c. Paul Stefan Vermögensholding GdbR, Deggendorf

EUROPÄISCHE ZEITGESCHICHTE



Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik 1938 - 1945, Dokumente und Essay A4, gebunden mit Schutzumschlag, 979 Seiten, ISBN 978-3-938706-21-3, 89,00 €



JUBELZONE – Dramatische Geschichte aus der Zeit der politischen Turbulenzen in Europa seit 1968 13,5 x 21 cm, gebunden mit Schutzumschlag 488 Seiten, ISBN 978-3-938706-25-1, 16,90 €

Jetzt im Buchhandel, im Internet oder direkt über Verlag zu kaufen (Versandkostenfrei).



WELTBUCH
History

Impressum

Redaktionsschluss:
17.01.2011

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, T: 089-2422860, F: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Gesamtproduktion:** WELTBUCH Verlag, Tel. 0351-4794244, www.weltbuch-service.de

Kompetenz in der Haustechnik

Fernheizungen • Heizzentralen • Blockheizkraftwerke • Übergabestationen • Brennwerttechnik • Solartechnik • RLT-Anlagen • Kältetechnische Anlagen • Brandschutztechnik • Gaststätten- und Großküchenentlüftung • Rohrleitungsbau Be- und Entwässerung • Wasseraufbereitung • Abwasserbehandlung • Abscheidetechnik • TV Inspektion (DN 50 bis DN 1200) • Kanalreinigung • Sanierung mittels Inliner, Flutungsverfahren, Partliner, Quick Lock Verfahren • Sprinkleranlagen

STINGL

GEBÄUDETECHNIK

Stingl GmbH
Dachauer Str. 511
80993 München
Tel. 089 / 316 02-0
Fax 089 / 316 02-199
info@stingl-online.de
www.stingl-online.de

Der Wirtschaftsbeirat Bayern ist seit über sechzig Jahren ein politisch unabhängiger und rechtlich selbständiger Berufsverband mit der Hauptaufgabe, Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis in die Politik einzubringen und möglichst schon im Vorfeld auf wichtige Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Der Wirtschaftsbeirat tritt für Rahmenbedingungen ein, unter denen sich möglichst viele Betriebe im Wettbewerb behaupten und entfalten können. Die Mitglieder – derzeit rund 1.800 – sind Unternehmerinnen und Unternehmer, Führungskräfte aus Vorständen und Geschäftsführungen, Vertreter der Freien Berufe sowie Unternehmen – dazu gehören international operierende Großfirmen ebenso wie mittelständische Betriebe aus allen Bereichen der Wirtschaft.

INFORMATIONEN

Auflage: 3.000 Exemplare
 Erscheint: 11 Ausgaben pro Jahr
 Umfang: 4-6 Seiten A4
 Druck: 4-farbig, Bilderdruck
 Vertrieb: Personalisierter Versand an alle Mitglieder des WBU, ausgewählte Personen und Unternehmen
 Auslage zu allen Veranstaltungen des WBU, für Presse, Werbung
 Rabatte: 2-6 Schaltungen 10%
 6-12 Schaltungen 15%

Alle Preise gelten zzgl. Mwst.

Andere Formate als rechts dargestellt nach Absprache möglich.

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de
 PRODUKTION/ANZEIGEN: Weltbuch Verlag GmbH, Enderstr. 59, 01277 Dresden, Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245, www.weltbuch-service.de

FORMATE UND PREISE

1/1
 19 x 27,3 cm
 € 1.320,-

1/2
 19 x 13,4 cm
 € 850,-

1/3
 hoch: 6 x 27,3 cm
 quer: 19 x 8,8 cm
 € 620,-

1/4
 hoch: 6 x 20 cm
 quer: 19 x 6,4 cm
 € 495,-

1/6
 hoch: 6 x 13,4 cm
 quer: 19 x 4,2 cm
 € 340,-

1/8
 hoch: 6 x 9,8 cm
 quer: 9,2 x 6,4 cm
 € 290,-

ANZEIGENSCHALTUNG:

Format (dazugehöriger Preis s.o.):
 1/1 1/2 1/3 1/4 1/6 1/8
 anders Format:.....

Ausgabe: 01 02 03 04 05
 06 07 08/09 10 11 12

Hiermit buchen wir fest ein und/oder mehrere Anzeige(n) im angekreuztem Format und Monat. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung!

Fax: 0351-4794245 oder E-Mail: weltbuch@mac.com

Firma Ort/Datum

Frau/Herr.....

Telefon Fax

E-Mail

.....
 Unterschrift